

**Welche Maßnahmen planen Sie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut?**

**Welche konkreten Schritte planen Sie, um (benachteiligten) Familien den Zugang zu sozial- und familienpolitischen Leistungen zu erleichtern?**

**Wie stehen Sie zur kostenlosen Schülerbeförderung?**

Unser Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut beruht auf zwei Säulen. Die eine ist eine existenzsichernde Geldleistung in Form einer Kindergrundsicherung, die auf einen Antrag vergleichbar dem jetzigen Kindergeld ausgezahlt wird. Sie soll alle bisherigen Familienleistungen zusammenfassen – gestaffelt nach der Einkommenssituation der Eltern. Je ärmer eine Familie ist, desto höher soll die Geldleistung sein. Die andere wichtige Säule ist eine Infrastruktur, die Bildung und Teilhabe für alle Kinder sichert. Nach der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern gibt es eine eindeutige Zuordnung: Die Länder sind für die Infrastruktur zuständig und der Bund für die Geldleistung.

Mit uns ist Bildung kostenfrei und qualitativ: von der Kita bis zur Meisterprüfung oder zum Studienabschluss. Hier wird nicht gespart, trotz kleineren finanziellen Spielraums. Damit wollen wir die Ungleichheit in der Bildung beseitigen. Wir halten daran fest, Familien zu entlasten und die Kita-Gebühren abzuschaffen. Jede\*r soll sich den Zugang zu frühkindlicher Bildung leisten können.

Zudem wollen wir mehr U 3-Plätze schaffen, damit der Rechtsanspruch auch von allen Eltern, die für ihr Kind einen Platz wünschen, eingelöst werden kann. Außerdem streben wir eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag an. Wer Betreuung ganztägig braucht, soll sie auch bekommen.

Zur weiteren Entlastung der Familien wollen wir die Kosten für die Schülerbeförderung komplett übernehmen.

**In welchem Umfang sind Sie bereit, Familienbildung als präventives, Familien stärkendes, Bildung förderndes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherndes Instrument systematisch zu fördern?**

**Inwiefern sind Sie bereit, die Familienferienstätten bzw. Familienerholung finanziell zu unterstützen, um damit Familien zu entlasten?**

## **Welche Maßnahmen planen Sie gegen rechtsgerichtete und fremdenfeindliche Haltungen?**

Bei der Familienbildung machen wir uns für eine enge Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen und Träger\*innen stark. Wir wollen den wohnortnahen Ausbau von Familien-/Eltern-Kind-Zentren weiterhin fördern und vorantreiben. Die Eltern-Kind-Zentren in Kitas sind Treffpunkte vorrangig für Familien mit Kindern unter drei Jahren. Sie sollen offene, unkompliziert nutzbare Angebote für Beratung und Austausch bieten. Wir steigen wieder in die gemeinnützige Familienerholung ein und schaffen mehr wohnortnahe Angebote für Ferienbetreuung.

Wie ich aus dem Dokument des LFR entnehmen kann, geht es eher um Rassismus, nicht um Rechtsextremismus. Daher schlage ich folgende Ersetzung vor:

„Für uns Sozialdemokrat\*innen ist eine gelungene Integration unabhängig von Herkunft oder Religion. In die Gesellschaft integriert ist, wer Interesse daran hat, sich zu engagieren, und keine Frage der Anpassung. Wir wehren uns gegen ein Denken in „Wir“ und „Die“ und ein Verständnis von Integration, das ausgrenzt und Stereotype fördert. Mehrsprachigkeit und kulturelle Sensibilität müssen von der Kita über die Schule bis hin zur Ausbildung und Uni gewürdigt und gefördert werden. Wir werden einen Landesaktionsplan gegen Rassismus auflegen, der Expert\*innen und Betroffene einbezieht. Wir entwickeln Formate, die Dialog, Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Wir ernennen eine\*n Antidiskriminierungsbeauftragte\*n, um die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken. Wir unterstützen Vereine und Organisationen, die sich in ihrer täglichen Arbeit für kulturellen oder religiösen Austausch und (post-)migrantische Interessen einsetzen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag dazu, Vorurteile und daraus resultierende Diskriminierung abzubauen. Im Rahmen der von uns geplanten Kooperationen zwischen Bildungsstätten und Vereinen können diese Organisationen Schulen bei der Aufklärung über Diskriminierung und Mechanismen der Ausgrenzung unterstützen. Diese Kooperationen wollen wir auch auf Unternehmen und Behörden ausweiten. Mit einer Nulltoleranz- Strategie muss konsequent gegen Hetze und Gewalt vorgegangen werden. Wir wollen Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt „Rechtsextremismus“ einrichten, damit diese Grenze kontinuierlich überwacht wird, sowie ein universitäres Institut zur Erforschung rechtsextremistischer Strukturen in Baden-Württemberg.“

**Welche Schritte sind von Seiten der zukünftigen Landesregierung geplant, um eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung zu sichern?**

**Welche Maßnahmen planen Sie, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?**

Erfolgreiche Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter. Alle Einrichtungen brauchen, unabhängig vom Träger, verbindliche Qualitätsstandards und ein Qualitätsmanagementsystem. Wir streben daher einen verbindlichen Orientierungsplan an und den Ausbau der individuellen Förderangebote, insbesondere im Bereich der Sprachförderung. Die Umsetzung des Orientierungsplans ist aus Landesmitteln zu finanzieren, damit Qualität keine Frage der Finanzausstattung der Kommunen ist. Wir halten daran fest, Familien zu entlasten und die Kita-Gebühren abzuschaffen. Jede\*r soll sich den Zugang zu frühkindlicher Bildung leisten können. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Frage des Einkommens sein. Dazu müssen auch genügend Plätze zur Verfügung stehen. Außerdem streben wir eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag an. Wer Betreuung ganztägig braucht, soll sie auch bekommen.

Dem Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung begegnen wir insbesondere mit dem Aufbau von Studienplätzen sowie der praxisintegrierten Ausbildung (PiA). Die Kita muss ein attraktiver Arbeitsplatz mit fairen Rahmenbedingungen sein und das bedeutet: weniger befristete Arbeitsverträge, tarifliche Vereinbarungen bei allen Trägern, Entlastung bei nicht-pädagogischen Arbeiten durch zusätzliches Personal und gute berufliche Perspektiven.

**Welche Schritte sind von Seiten des Landes geplant, um die akute Wohnraumnot zu senken?**

**Welchen Beitrag leistet das Land zur nachhaltigen Stärkung von Quartier und Sozialraum, um Kindern und Familien ein anregendes und förderliches Umfeld zu bieten?**

Die SPD macht Wohnen im Land bezahlbar für alle und plant schonend für das Klima. Die Wohnformen sollen den Zusammenhalt der Nachbar\*innen stärken. Unser Ziel ist es, dass niemand mehr als 30 % des Nettoeinkommens für seine Nettokaltmiete aufwenden muss.

Deshalb führen wir in Baden-Württemberg einen Mietendeckel ein. Dieser soll Kommunen die Möglichkeit geben, eine Mietobergrenze für Neuvermietungen sowie einen zeitlich begrenzten Mieterhöhungsstopp einzuführen. Wir wollen den kopflosen Flächenfraß der jetzigen Landesregierung beenden. Um unserer Verantwortung für Natur und Umwelt gerecht zu werden, erschließen wir vorrangig versiegelte Flächen für bezahlbaren Wohnungsbau.

Wir setzen uns zum Ziel, bis zum Jahr 2026 in Baden-Württemberg 500 000 neue Wohnungen zu bauen. Dafür gründen wir die Landeswohnraumgesellschaft BWohnen. Die landeseigene GmbH versteht sich als Partnerin unserer Kommunen. Mit diesen zusammen werden Flächen für den Wohnungsbau erschlossen und Bauprojekte umgesetzt. Die BWohnen trägt zu einer positiven Quartiersentwicklung und -gestaltung bei. Beratung und Austausch für Kommunen und Bauträger\*innen werden gebündelt.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um eine ausreichende digitale Infrastruktur zu schaffen und die Medienkompetenz von Lernenden, Lehrenden und pädagogischen Fachkräften zu stärken und zu sichern?**

**Wo werden – unterstützt von der Landesregierung – Grundfragen der Medienethik geklärt?**

**Mit welchen Maßnahmen soll ein funktionierender Kinder- und Jugendmedienschutz gesichert werden?**

Pädagogische Konzepte für digitalen Unterricht und gut ausgebildete Lehrer\*innen sind die Voraussetzung für Schulen mit Zukunft. Hierfür werden wir ein breites Programm der Aus- und Weiterbildung für alle Lehrer\*innen auf den Weg bringen. Lehrkräfte können so schnell und wirksam ihre Kompetenzen ausbauen. Wir werden dafür sorgen, dass jede Schule bis zum Jahr 2023 über eine symmetrische 1-Gbit/s-Datenleitung und flächendeckendes WLAN verfügt. Wir setzen uns für eine souveräne digitale Infrastruktur ein.

Zur Entlastung der Kommunen muss das Land die Gelder dafür zumindest anteilig zur Verfügung stellen. Wir werden einen Topf für Innovationen schaffen, damit Vorreiterschulen neue Ideen und digitale Projekte umsetzen können. Lehrkräfte wollen wir mit eigenen Digitalgeräten ausstatten und effektive Fortbildungen auch vor Ort anbieten. Wir schaffen eine zuverlässige digitale Lernplattform.

Wir wollen beim Kinder- und Jugendmedienschutz mehr Engagement zeigen und die pädagogische Medienbildung stärker in den Fokus nehmen. Nicht nur im Hinblick auf den besorgniserregenden Anstieg von Hassbeiträgen im Netz bedarf es neben der klaren Verantwortlichkeit der Anbieter endlich auch eines flächendeckenden Konzepts zur frühzeitigen Sensibilisierung, damit Pädagog\*innen, Eltern, Kinder und Jugendliche in die Lage versetzt werden, sich effektiv vor den Gefahren im Internet wie Datenmissbrauch, Cybermobbing, Fake News und vor digitalem Stress zu schützen.